

Vorlage Nr.: **2022/0997**
Verantwortlich: **Dez. 2**
Dienststelle: **Kulturamt**

Städtisches Depot für Stadtarchiv und Historische Museen sowie für die Städtische Galerie

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Kulturausschuss	27.10.2022	2	X		

Information (Kurzfassung)

Das Stadtarchiv und die Historischen Museen (Stadtmuseum und Pfinzgaumuseum) sowie die Städtische Galerie benötigen jeweils zusätzliche Flächen zur Lagerung von historischen Unterlagen und Objekten sowie von Kunstwerken. Die Magazinkapazitäten aller vier Einrichtungen für besonders sensible und hochwertige Kunstwerke und Archivmaterialien sind weitgehend erschöpft.

Eine erstrebenswerte Lösung für die dringenden Flächenbedarfe ist der Bau eines gemeinsamen, für alle städtischen Sammlungen nutzbaren und auf Zuwachs ausgelegten Zentraldepots, in dem Stadtarchiv, Historische Museen und Städtische Galerie ihre Bestände unter einem Dach dauerhaft lagern können. Dieses Zentraldepot muss in Hinblick auf Einbruch- und Brandsicherheit sowie Wassereintrich den im Museums- und Archivbereich üblichen Standards entsprechen, über eine der jeweiligen Nutzung angepassten Vollklimatisierung mit gleichbleibenden Raumtemperaturen und konstanter Luftfeuchtigkeit sowie über Quarantäne-Räumlichkeiten für Neuzugänge und über Arbeitsräume für die Bearbeitung der Kulturgüter verfügen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☒ Nein ☐				
☐ Investition ☐ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten: können noch nicht beziffert werden		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☐ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein ☒ Ja ☐	positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐	
IQ-relevant	Nein ☒ Ja ☐	Ja ☐	Korridorthea:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein ☒ Ja ☐	Ja ☐	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☒ Ja ☐	Ja ☐	abgestimmt mit		

Ergänzende Erläuterungen

Das **Stadtarchiv** und die **Historischen Museen (Stadtmuseum und Pfinzgaumuseum)** benötigen jeweils zusätzliche Flächen zur Lagerung von historischen Unterlagen und Objekten. Die Magazinkapazitäten aller drei Einrichtungen sind weitgehend erschöpft.

Das **Stadtarchiv** bewahrt rund 6,5 km Archivgut mit einem regulären Zuwachs von circa 100 lfm. pro Jahr. Seit einiger Zeit verschärft sich die Situation, da in den städtischen Ämtern zunehmend ersetzend gescannt und dem Stadtarchiv mitunter vollständige Altregistraturen mit mehreren Tausend Akten angeboten werden. Zudem treffen nach und nach die Stadtteile mit eigenen Ortsverwaltungen den Entschluss, ihre Ortsarchive ebenfalls an das Stadtarchiv abzugeben (so etwa Wolfartsweier, Grötzingen).

Die im Stadtarchiv vorhandenen Magazinflächen sind zu circa 90 Prozent ausgelastet. Noch freie Regalflächen sind teilweise fragmentiert, so dass die Übernahme größerer zusammenhängender Bestände schwierig ist. Dringend benötigt werden auch zusätzliche Flächen für Planschränke zur fachgerechten Aufbewahrung von großformatigen Plänen, Plakaten, Urkunden und Bildern. Die Magazinkapazitäten des Stadtarchivs werden 2023/24 vollständig erschöpft sein. Zur Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichtaufgabe benötigt das Stadtarchiv daher dringend zusätzliche Räumlichkeiten mit funktionstüchtiger Infrastruktur.

Das **Stadtmuseum** und das **Pfinzgaumuseum** verfügen jeweils nur über sehr begrenzte Räumlichkeiten zur Lagerung von Museumsgut am Ort. Die dauerhafte Aufbewahrung von nicht ausgestellten Objekten erfolgt in zwei Außendepots. Die Lagerkapazitäten in den Depots Hardtstraße und Fiduciastraße sind zu fast 70 Prozent belegt. Die seit einigen Jahren aktiver und systematischer betriebene Akquisetätigkeit zur Verbesserung der Museumssammlung führt zu einem schnelleren Bestandszuwachs als zuvor. Gerade sensible sowie größere Objekte wie auch umfangreiche Neuzugänge können nur noch schwer untergebracht werden, außerdem fehlen Räumlichkeiten zur Zwischenlagerung bis zur Bearbeitung. Beide Museumsdepots sind nicht in städtischem Besitz, sondern wurden von Dritten angemietet. Die Mietverträge sind bis Ende 2024 befristet, ob eine Verlängerung des Mietverhältnisses möglich ist, ist unklar. Auch entsprechen die vorhandenen Räumlichkeiten nicht den Anforderungen zu Lagerung wertvollen und empfindlichen Kulturguts. Die Lager sind nicht klimatisiert und werden an einigen Stellen von Versorgungsleitungen durchzogen.

Die Historischen Museen benötigen dringend zusätzliche und angemessene Depoträume, um ihre Aufgabe der Sammlung und Bewahrung von kulturell bedeutsamen Objekten zur Stadtgeschichte weiterhin erfüllen zu können.

Für alle drei Einrichtungen ist wichtig, dass zusätzliche Lagerräume die Standards für eine sichere und dauerhafte Aufbewahrung von Archiv- und Museumsgut erfüllen, das bedeutet Vollklimatisierung mit kühler Temperatur und konstanter Luftfeuchtigkeit, keine Wasser-, Gas- oder sonstigen Versorgungsleitungen, Alarmsicherung sowie Warnsysteme für Wassereinbruch und Feuer.

Die Frage der ausreichenden Lagermöglichkeit für Kunstwerke ist für die **Städtische Galerie** bereits seit mehr als zehn Jahren virulent. Die vorhandenen Depotkapazitäten insbesondere für die sensiblen und hochwertigen Werke sind weitgehend ausgeschöpft.

Die städtischen Kunstsammlungen umfassen mittlerweile mehr als 20.000 Kunstwerke – Gemälde, Arbeiten auf Papier, Fotografien sowie dreidimensionale Objekte und Installationen. Hinzu kommen hochkarätige Dauerleihgaben beispielsweise der international renommierten Sammlung Garnatz, Leihgaben des Landes Baden-Württemberg und aus wichtigen Privatsammlungen aus Karlsruhe und der Region.

Die in der Städtischen Galerie vor Ort vorhandenen Magazinflächen sind zu mehr als 90 Prozent ausgelastet, zumal die Galerie seitens der Versicherung verpflichtet ist, auch für die in der Dauerausstellung präsentierten Werke die benötigten Depotflächen vorzuhalten. Der sich durch Ankäufe, Schenkungen und Leihgaben hochwertiger Kunstobjekte stetig vermehrende Bestandszuwachs ist nur noch schwer unterzubringen. Zudem wird sich die Ortsverwaltung Grötzingen im Laufe des Jahres 2023 räumlich von seiner bislang vor Ort untergebrachten, circa 1.000 Arbeiten umfassenden Kunstsammlung trennen und diese der Städtischen Galerie zur Aufbewahrung übergeben.

Ein vorhandenes Außendepot ist beim städtischen Klinikum angemietet. Aufgrund der Zugänglichkeit und der vorhandenen Raumgrößen lassen sich hier nur kleinformative Kunstwerke lagern; hier sind die Raumkapazitäten nahezu vollständig ausgeschöpft. Zudem handelt es sich um kein langfristig angelegtes Mietverhältnis, sondern es wird jährlich für die Dauer eines weiteren Jahres verlängert. Es ist unklar, wann die Räumlichkeiten vom Klinikum für eigene Zwecke benötigt werden.

Eine erste Entlastung in der Depotfrage für die Städtische Galerie für Werke von geringer Sensibilität und niedrigerem Wert bietet die von der Stadt erworbene G.-Braun-Halle. Zur Verfügung stehende und nicht vom ZKM genutzte Räume können als Außendepot für die spezifischen „einfachen“ Belange der Städtischen Galerie genutzt werden. Der Verwaltungstrakt des ehemaligen G.-Braun-Verlages soll für Archivflächen nutzbar gemacht werden. In einem ersten Schritt wird mit minimalen Mitteln ein Teil der Räume ohne Klimatisierung hergerichtet und an die Einbruchmeldeanlage des vom ZKM genutzten Lagers aufgeschaltet. Die Räume sind beheizt, aber nicht klimatisiert. Als Kunstdepot für hochwertige Kunstwerke sowie Archivmaterialien sind die Räumlichkeiten jedoch nicht geeignet bzw. eine Ertüchtigung wäre nach Einschätzung von HGW zu teuer. Für diese Nutzungsanforderungen wären eine Klimatisierung einzubauen, die Brandmeldezentrale zu erweitern sowie in die alte Elektrik zu investieren. Auch die Gebäudehülle entspricht in ihrem Zustand nicht den Anforderungen für eine Unterbringung von hochwertigen Kunstgegenständen. Aufgrund der sehr hohen Kosten wurde von dieser Variante vorerst Abstand genommen und nur die reduzierte Variante gewählt, um den dringendsten Bedarf zu decken. Überdies ist es nach Auskunft von HGW ungewiss, ob das Gebäude dauerhaft als Depot zur Verfügung steht.

Ein auch von HGW befürwortetes **Ziel der städtischen Depotfrage** ist der Bau eines gemeinsamen, für alle städtischen Sammlungen nutzbaren und auf Zuwachs ausgelegten **Zentraldepots**, in dem **Stadtarchiv, Historische Museen und Städtische Galerie** die stadteigenen Archivalien, Möbel, historischen Objekte und Kunstwerke unter einem Dach dauerhaft lagern können. Dieses Zentraldepot muss in Hinblick auf Einbruch- und Brandsicherheit sowie Wassereinbruch den im Museums- und Archivbereich üblichen Standards entsprechen, über eine der jeweiligen Nutzung angepasste Vollklimatisierung mit gleichbleibenden Raumtemperaturen und konstanter Luftfeuchtigkeit sowie über Quarantäne-Räumlichkeiten für Neuzugänge und über Arbeitsräume für die Bearbeitung der Werke verfügen.

Die Errichtung eines klimaneutralen Zentraldepots für alle Städtischen Sammlungen ist ein zukunftsweisender Schritt für den Erhalt der vorhandenen künstlerisch, historisch und rechtlich bedeutsamen Bestände sowie für den Zuwachs an weiteren Werken, Objekten und Dokumenten, die die Einrichtungen gemäß ihrer jeweiligen Sammlungsschwerpunkte und ihrer politisch und gesetzlich bestimmten Aufgaben übernehmen. Dieses Vorhaben wird vom Kulturamt wie auch von HGW befürwortet.

Im Rahmen des städtischen Investitionsmanagements wurde vom Amt für Hochbau- und Gebäudewirtschaft die Maßnahme 'Errichtung eines Zentraldepots für Sammlungsprojekte der städtischen Museen' benannt. Als relevanter Zeitpunkt für die Haushaltsplanung wurde das Haushaltsjahr 2027 (frühester Beginn der Maßnahme) angegeben. Die Stadtkämmerei weist darauf hin, dass die Maßnahme auf der sogenannten 'Prioritätenliste 2' = (noch) nicht priorisierte Maßnahmen) steht. Grundsätzlich muss zunächst eine Priorisierung unter Berücksichtigung aller

angemeldeten Maßnahmen erfolgen. Mit der hier gewünschten Kenntnisnahme durch den Kulturausschuss ist jedoch keine Vorabpriorisierung dieser Maßnahme verbunden. Aus Sicht der Kämmerei ist, bedingt durch den bereits bestehenden Finanzierungstau und der finanziellen Situation der Stadt (Haushaltssicherung) nicht abschätzbar, ob die Maßnahme ab dem Jahr 2027 oder erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden kann.